

Laurahütte-Siemianowiker Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet oerzehnjährig ins Haus 1,25 Zlotn. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anpruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzig älteste und geleseste Zeitung von Laurahütte-Siemianowik mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.

Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene mm-Zl. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gespaltene mm-Zl. im Retlameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Slaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 34

Freitag, den 1. März 1929

47. Jahrgang

Minister Bartel in Danzig

Ein Erfolg der Danziger Regierung

Danzig. Seit der Gründung der Freien Stadt Danzig ist es das erste Mal, daß ein polnischer Minister zu einem offiziellen Besuch der Freien Stadt und des Senats hier eingetroffen ist. Siebeneinhalb Jahre ist Polen Danzig diesen Besuch schuldig geblieben, denn schon im Oktober 1921 hatte der Präsident des Senats, Dr. Sahm, bei der Unterzeichnung des Danzig-polnischen Abkommens in Warschau vorgeprochen und dabei auch dem damaligen Staatspräsidenten Piłsudski seinen Besuch abgebetet. Wenn Polen mit dem jetzigen Besuch etwas reichlich spät Danzig seinen Gegenbesuch macht, so ist das nicht nur ein Anzeichen für wesentliche Besserung der Verhältnisse zwischen Danzig und Polen. Die Bedeutung dieses Besuches liegt in allererster Linie darin, daß Polen mit diesem Besuch zum ersten Male durch eine aus freiem Willen vorgenommene Handlung die Selbständigkeit der Freien Stadt Danzig anerkennt.

Die bisherige Nichtanerkennung der Selbständigkeit durch Polen ist offenbar eines der bestimmenden Momente gewesen,

die Polen bisher zurückgehalten hatten, den schuldigen Besuch in Danzig abzustatten. So bedeutet der Besuch des polnischen Ministerpräsidenten auch für Danzigs Regierung einen wesentlichen Erfolg, der dazu dienen wird, in der Bevölkerung das Vertrauen zu dem von der Regierung angestrebten Kurs der Verständigung vertiefen zu helfen. Bei den beiden beteiligten Regierungen wird, entschieden abgeurteilt, daß der Besuch Bartels irgendwelche besondere politische Bedeutung habe. So habe er insbesondere nichts mit den zur Zeit laufenden außerordentlich schwierigen Verhandlungen über die Ein- und Ausfuhrquoten zu tun. Nichtsdestoweniger ist man in hiesigen maßgebenden Kreisen überzeugt, daß trotz des unpolitischen Charakters des Besuches die zur Zeit schwebenden Danzig-polnischen Fragen — es sei nur an die erwähnten Syndikate erinnert, ferner an die Regelung des Zollverteilungsschlüssels, an die Frage der Danziger Handelsart, es bei den polnischen Gesandtschaften und vor allem an das große Problem Gdingen — Erörterung finden werden.

Eine Erklärung der englischen Regierung zum französisch-belgischen Geheimabkommen

London. Die mit Spannung erwartete Erklärung Chamberlains im Unterhaus zu dem französisch-belgischen Geheimabkommen ist wegen einer Erkrankung des Außenministers durch Staatssekretär Loder-Lampson abgegeben worden. Loder-Lampson betont, daß der Text des Notenwechsels zwischen der belgischen und französischen Regierung über eine militärische Verständigung vom 7. September 1924 am 9. November des gleichen Jahres beim Völkerbund eingetragene worden sei. Das Ziel dieses Abkommens sei die Verstärkung der Friedens- und Sicherheitsgarantien, die darauf bezüglichen militärischen Vereinbarungen seien nicht veröffentlicht worden. Was die Behauptungen über ein Übereinkommen zwischen Großbritannien und Belgien angehe, so könne er auf das Bestimmteste erklären, daß weder ein solches militärisches Abkommen bestehe, noch eine Verständigung zwischen den beiderseitigen Generalstäben oder Regierungen. Ebenfalls habe der britische Militärattache in Brüssel bei irgend einer Gelegenheit an einer Erörterung für die Herbeiführung einer solchen Verständigung teilgenommen. Abgesehen von dem Vertrag von Locarno sei von der britischen Regierung seit dem Krieg kein Abkommen mit Belgien eingegangen worden, das irgendwelche militärischen Verpflichtungen enthalte. Es bestehe auch keine Verständigung zwischen dem britischen Generalstab und irgendeiner auswärtigen Macht. — Auf eine ergänzende Anfrage erwiderte Loder-Lampson, das Unterhaus könne versichert sein, daß die britische Regierung keine Verpflichtung eingegangen sei, die irgendwie im Gegensatz zu Locarno ständen. Kennworthy bekam auf die Frage, ob die britische Regierung Schritte getan habe, um die Veröffentlichungen des holländischen Blattes als Fälschung zu erklären, keine Antwort. Die Erklärung wird in politischen Kreisen als zufriedenstellend angesehen, da sie sich ausdrücklich darauf bezieht, daß auch der britische Militärattache nicht an Verhandlungen beteiligt war, die die britische Regierung formal nicht billigen konnte, die in der Praxis aber doch auf eine englische Verpflichtung hinausgelaufen wären.

Aus der Umgebung Chamberlains verlautet, daß der Außenminister nur an einer verhältnismäßig leichten Erklärung leide und kein Grund zu irgendwelchen Besorgnissen bestehe.

Litauischer Vorstoß in der Minderheitenfrage

Kowno. Wie die litauische Telegraphenagentur meldet, hat die litauische Regierung folgendes Telegramm an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet: Auf der Tagesordnung der Märztagung des Völkerbundes sind unter Punkt 12 zwei Fragen aufgeführt. Für die Litauer das lebhafteste Interesse hat, da es in Minderheitenangelegenheiten Bindungen eingegangen und an den Schutz der litauischen Minderheiten interessiert ist.

Die Beratung des Kelloggpatentes in der holländischen Kammer verlagert

Amsterdam. Zu Beginn der Mittwoch-Sitzung der zweiten Kammer des holländischen Parlaments wurde von römisch-katholischer Seite der Antrag gestellt, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage die Beratung des Kelloggpatentes von der Tagesordnung zu streichen. Nach lebhafter Aussprache wurde der Antrag mit 41 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Während die Befürworter des Antrags darauf hingewiesen hatten, daß bei der gegenwärtigen Stimmung eine ruhige Besprechung des Kelloggpatentes nicht möglich sei, betonten seine Gegner, daß Holland gerade jetzt seine friedliche Politik deutlich zum Ausdruck bringen müsse. — In der Beurteilung des belgisch-französischen Militärpatentes hat sich inzwischen in Holland nichts geändert. Die Erklärungen in der belgischen Kammer, die am Dienstag zu dem bereits bekannten Dementi kamen, seien nach einmütiger holländischer Ansicht der Beweis, den man gerade von dieser Seite am ehesten erwartet hatte, schuldig geblieben.

Amerika hat wenig Neigung für Reparationsbonds

Paris. Zur Frage der etwaigen Ausgabe von Reparationsbonds, zur Umwandlung der deutschen Kriegsschuld in private Verpflichtungen erklärt „New York Herald“, der in den Vereinigten Staaten unterzubringende Anteil der Obligationen könne sich höchstens auf 25 v. H. des Gesamtbetrages belaufen. Selbst dieser Teil dürfte schwerlich vom amerikanischen Markt aufgenommen werden können. Der amerikanische Obligationenmarkt sei gegenwärtig nicht günstig. Zum Teil wegen der großen Beliebtheit der Aktien. Die Reparationsbonds werden wahrscheinlich auf dem Kontinent mehr Anziehungskraft besitzen als auf dem amerikanischen Markt.

Die Koalitionsmöglichkeiten im Reich

Die Deutsche Volkspartei lenkt ein — Vor den Besprechungen beim Reichskanzler

Berlin. Die nationalliberale Korrespondenz der Preßendienst der D. V. P. gibt jetzt eine Auslegung der vom Zentralvorstand der D. V. P. gefassten Entscheidung. Danach hat die Reichstagsfraktion der D. V. P. jede politische Bewegungsfreiheit sofern nicht eine für spätere Zeit in Aussicht gestellte Überprüfung der Koalitionsfragen in Preußen und im Reich eine Revision notwendig macht. Die Reichstagsfraktion kann sich an fraktionsmäßig gebundene und nicht gebundene Regierungen beteiligen. Besonders unterrichten wird der Teil der Entscheidung des Zentralvorstandes, in dem weitere steuerliche Belastungen abgelehnt und eine spätere rasche und fühlbare Entlastung der steuerlichen Belastung, Inangriffnahme einer umfassenden Reichs- und Verwaltungsreform und Weiterverfolgung der verfassungsrechtlichen Anträge der D. V. P. gefordert werden. Dieser Standpunkt werde für die Reichstagsfraktion maßgebend bleiben.

Nach dieser Ausdeutung darf man annehmen, daß die D. V. P. auch eine fraktionsmäßig gebundene Reichsregierung unter Einschluß des Zentrums für die Gegenwartserfordernisse nicht mehr ablehnt, obwohl die Verhältnisse in Preußen unverändert bleiben. Ihre koalitionsmäßig veranlagte Mitarbeit im Reich wird die D. V. P. aber von der Berücksichtigung vor allem ihres Standpunktes in den Steuer- und Haushaltsfragen abhängig machen.

Berlin. In der Koalitionsfrage erwartet man heute zunächst eine Besprechung des Reichskanzlers mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann wegen der Auslegung des gegenwärtigen Beschlusses des Zentralvorstandes der D. V. P. Von dem Ergebnis dieser Aussprache werden die weiteren Schritte des Reichskanzlers abhängen. Sollte sich die Bereitschaft der D. V. P. zu einer fraktionsmäßigen Bindung in einer großen Koalition ergeben, so würde einer Ernennung der drei Zentrumsminister und damit der Bildung der großen Koalition im Reich nichts im Wege stehen. Wenn aber eine fraktionsmäßige Bindung von Seiten der D. V. P. auf Grund der Entschliessung des Zentralvorstandes abgelehnt wird, dann dürfte die Erweiterung der Regierung auf neue Schwierigkeiten stoßen, da, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, das Zentrum in diesem Falle sich der Ernennung der drei Minister widersetzen würde. Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagsitzung steht auch eine Intervention des Zentrums wegen des Baues der drei Rheinbrücken, die der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Seering, beantworten wird. Ferner wird der Reichstag über die kommunistischen Mißtrauensanträge gegen das Gesamtkabinett und den Reichswehrminister Dr. Gröner abstimmen. Im Haushaltsansatz wird die Beratung des Nachtragshaushaltes fortgesetzt. Im sozialpolitischen Auschuß des Reichstages beschäftigt man sich heute vormittag wieder mit der Denkschrift über die Invaliden- und Anstellungsvericherung und den dazu gestellten Anträgen.



Das erste Bild von den Unruhen in Bombay

Infolge von Gerüchten, wonach die Pathans, Angehörige einer mohammedanischen Sekte in Indien, beim Bau einer Brücke in Saroda das Blut von entführten und geißelten Hindukindern verwendet haben, kam es in Bombay, wie erinnerlich, vor kurzem zu blutigen Kämpfen. Untere Aufnahme — das erste hier eingetroffene authentische Bild — zeigt einen Straßenkampf zwischen den mit kurzen Stöcken bewaffneten Pathans und ihren Angreifern, den Hindus, die bereits die Flucht ergriffen haben.

